

Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich außer Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 22 zum dreifachen Millimeterzelle M 4 A für den 90 mm breiten Zeit-Druckbogen 20 A, einschließlich 12 A.
Gesamtschickstellen in Aue, Obhau, Schwarzenberg und Schwarzenberg.
Postfach-Konto: Leipzig Nr. 12224.
Gemeinde-Bezirks-Konto: Aue, Sachsen, Nr. 25.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbands Schwarzenberg, der Stadträte in Aue, Grünhain, Obhau, Neustädtel und Schneberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.
Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Amtsgerichte in Aue, Schneberg, Schwarzenberg, Johanneberg und des Stadtrates zu Schwarzenberg.
Verlag E. M. Gärtner, Aue, Sachsen.
Fernruf: Aue Central-Nr. 2541. 2542 (Aue) 2540, Schwarzenberg 210, Schwarzenberg 2124. Druckort: Aue, Sachsen.

Keinigen Anzeigen für die am Samstag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Allgemeine Bedingungen laut Tarif.
Für Rückgabe unvollständiger oder unleserlicher Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Verzögerung.

Nr. 69. **Donnerstag, den 22. März 1934.** Jahrg. 87.

Amliche Anzeigen.

1) Herr Max Hirsch in Rabunbad Oberschlema beabsichtigt, von seinem Grundstück Nr. 57 des Flurbuchs für Rabunbad Oberschlema, die Spillabortsabwässer nach Klärung in einer Frischwasserklärungsanlage und die Tage- und Wirtschaftsabwässer dem Schlemabach auf dem gleichen Grundstück zuzuführen.
2) Herr Paul Weiskopf in Raschau will die Tage- und Hausabwässer von dem Wohnhausneubau auf dem Grundstück Nr. 199 für Raschau durch eine bestehende Schleufe, welche auf dem Grundstück Nr. 196 derselben Flur in die Große Mittweida einmündet, ableiten.
3) Frau Anna verw. Voigt in Lindenua beabsichtigt, die Tage- und ungelärten Wirtschaftsabwässer vom geplanten Wohnhausneubau auf Grundstück Nr. 155a/b des Flurbuchs für

Lindenua mittels einer Heimschleufe dem Dorfbach (Lindenuabach) zuzuführen.
4) Der Stadtrat Schwarzenberg beabsichtigt, die Tages- und Hauswirtschaftsabwässer aus dem Beschleunigungsplangebiet Lehnberg in das Schwarzwasser, den Mühlgraben auf Grundstück Nr. 1160 der Flur Schwarzenberg und in den Beierfelder Dorfbach einzuleiten.
(§§ 23, 33 des Wassergesetzes.)
Die Unterlagen können hier eingesehen werden.
Einwendungen können binnen 2 Wochen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, hier angebracht werden. Wer sich innerhalb dieser Frist nicht meldet, verliert das Recht zum Widerspruch.
Widerspruchsbefugnisse bleiben hiervon unberührt.
W. D. 24/33, W. Ra. 4/34, W. St. 1/34, W. Schw. 22/34.
Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, am 20. März 1934.

Im hiesigen Handelsregister ist eingetragen worden:
1. am 6. März 1934 auf Blatt 153, die Firma Carl Hoffmann, Maschinenfabrik in Aue betr.: Die Prokura des Kaufmanns Carl Martin Lutz in Aue ist erloschen;
2. am 9. März 1934 auf Blatt 444, die Firma Ernst Heider in Aue betr.: Die Firma ist erloschen.
Amtsgericht Aue.

Einladung.

Zu der am Freitag, dem 23. März, ab 10 Uhr stattfindenden Prüfung und Entlassung der Schüler und Schülerinnen wird hierdurch eingeladen.
Landwirtschaftliche Schule mit Mädchenabteilung Aue, Sa.
Lehranstalt der Landbesitzerinnenschaft.
Blatt.

Das Auslands-Echo der Kanzlerrede.

Neid, Anerkennung, Lob.

Die Rede des Führers anlässlich der Eröffnung der Frühjahrsarbeitsfront, die der „E. V.“ zum großen Teil bereits gestern seinen Lesern unterbreiten konnte, hat nicht nur den Millionen deutscher Volksgenossen an Wertplätzen und in Betrieben neuen Mut und neue Schaffensfreude gegeben, sie hat auch überall im Ausland starkes Echo gefunden. Schon liegen die ersten Pressestimmen vor, denen wir folgendes entnehmen:

Paris, 22. März. Die Rede des Führers in Unterbreitung der Arbeit ist in allen europäischen Ländern von Bedeutung und aber allgemein anerkannt. „Echo de Paris“ spricht von dem „Ausbruch eines ungeheuren Willens, der entschlossen bleibt, alle Schwierigkeiten zu besiegen.“

London, 22. März. Die Zeitungen veröffentlichen ausführliche Berichte über den Beginn der großen Arbeitsfront in Deutschland. Das besondere Interesse geht daraus hervor, dass mehrere Blätter sich eingehend über die Einweihung des großen Schiffshubwerks in Niederfinow berichten lassen. Ueber die Kundgebung Hitlers berichtet schon die Abendpresse in großer Aufmachung. „Sittler“ eröffnet einen großen Angriff auf die Arbeitslosigkeit und „Deutschlands Frühjahrssoffensive“ lauten die Überschriften in den Zeitungen. Ueber das von Hitler angekündigte Arbeitsbeschaffungsprogramm werden genaue Einzelheiten gegeben. Ganz besonders wird auch die Erklärung des Kanzlers hervorgehoben, dass die Stabilität der deutschen Mark aufrechterhalten und jeder Versuch einer Preissteigerung für Dividendenzwecke niedergeschlagen werden wird. „Evening Standard“ meldet: Hunderttausende

Erfolg nationalsozialistischer Agrarpolitik.

Einnahmen der Landwirtschaft um 790 Millionen erhöht.

Berlin, 22. März. Eine sehr beachtliche Bilanz über die Auswirkungen der Maßnahmen des Kabinetts Hitler für die Landwirtschaft im ersten Jahre der nat.-soz. Regierung wird in den Veröffentlichungen des Staatsamtes des Reichsbauernführers gezogen. Danach hat man nicht nur die Einnahmen der Landwirtschaft um rund 790 Mill. RM. erhöhen können, sondern es ist auch gelungen, die Ausgaben Seite wesentlich zu entlasten. Wenn man die Entlastung der Landwirtschaft mit den volkswirtschaftlich erreichten Mehrausgaben für neue Arbeitskräfte vergleicht, kann man sich noch immer eine positive Bilanz machen. Die Einnahmen der Landwirtschaft sind um 790 Millionen erhöht.

von Arbeitslosen werden durch die neue Arbeit, die heute in ganz Deutschland begonnen wird, Beschäftigung erhalten.

Warschau, 22. März. Die polnische Presse schenkt ebenfalls der Rede des Führers große Beachtung. Ganz Deutschland, so sagt sie, habe im Zeichen dieser gewaltigen Kundgebung geknien.

Mailand, 22. März. Die italienischen Blätter geben ausführliche Beschreibungen von der Veranstaltung in Unterhaching unter teilweise wörtlicher Wiedergabe langer Stellen der Rede des Führers. „Popolo d'Italia“ spricht von der energischen Arbeit Deutschlands auf dem Felde der Arbeit.

Kanking, 21. März. Die Rede des Reichskanzlers zum Beginn der Arbeitsfront wurde in China und in Japan durch die Funkstationen sehr gut empfangen. Die Rede hat in politischen Kreisen großes Interesse gefunden.

Die Grundlosigkeit der französischen Befürchtungen.

Englische Blätter begrüßen die Ausführungen Görings.

Wie der „E. V.“ bereits mitteilte, haben die Erklärungen von General Göring gegenüber dem französischen Zeitungsvertreter ein lebhaftes Echo namentlich in der englischen Presse gefunden. Die Londoner Blätter besprechen in längeren Auslassungen die Unterredung „Morning Post“ und „Daily Telegraph“ überschreiben ihre Leitartikel „General Görings Delzweck“. „Daily Telegraph“ geht davon aus, dass zur französischen Note vor der nächsten Woche keine Neufassung der britischen Regierung vorliegen werde. Wenn trotz der Schwierigkeiten, die jetzt beständen, ein Mann wie General Göring mit einem besonders schönen Delzweck erscheine, würde es töricht sein, die Hoffnung aufzugeben. Schlimmer würde es noch sein, weitere Versuche zu unterlassen. Herr Hitlers erster Offizier, der eine Zeitlang geglaubt habe, dass eine Verständigung mit Frankreich unmöglich sei, gebe jetzt einem französischen Zeitungs-korrespondenten gegenüber zu, dass er seine Ansichten geändert habe. Er behaupte — und das sei wahr —, dass es weder in gebietlicher noch in wirtschaftlicher Beziehung unüberwindliche Hemmnisse für einen dauernden Frieden gebe und dass nur psychologische Missverständnisse vorlägen. Was Frankreich und Deutschland noch von einander trenne, sei das Misstrauen. Er rege an, dass aus Frankreich ein auserwählter Vertreter mit Herrn Hitler sprechen solle, während er sich selbst bereit erkläre, mit dem französischen Luftfahrerkommandanten diesen Zweck der Klärungsfrage zu erledern, der am meisten Besorgnis in Frankreich erzeuge. Der unmittelbare Noten-austausch zwischen Paris und Berlin habe keine Lösung gebracht. Eine persönliche Besprechung von Angesicht zu Angesicht könne zwar ebenso fehlschlagen wie dies vor dem Kriege im Falle der Entsendung Holbanes nach Deutschland geschehen sei. Aber es sei anzunehmen, dass ein solcher Fehlschlag sich heute nicht wiederholen würde. Eine französische Antwort würde deshalb freundlich begrüßt werden.

Der Pariser „Times“-Vertreter gibt das Interview Görings ausführlich wieder. Das Blatt sagt in einem Leitartikel dazu: Mit einer ganzen Anzahl Äußerungen Görings könne jeder Mann einverstanden sein. Die Tugend der Kameradschaft, Pflückerfüllung und Opferbereitschaft spielten ihre Rolle auch auf anderen Feldern als denen der Schlacht. Einige der Fragen, die Göring an Frankreich gestellt habe, hätten mehr als rhetorischen Wert. „Warum wollt Ihr, dass wir nicht einmal Flugabwehrkanonen besitzen?“, so habe er gefragt. Er habe ferner gefragt, weshalb Deutschland keine Jagdflugzeuge haben solle. Ferner habe er die Forderung angenommen, dass Deutschland keine Bombenflugzeuge bauen solle. Die „Times“ schließt: Es ist tatsächlich nur vernünftig, dass Heere, wenn sie schon einmal vorhanden sind, die Luft ebenso wie die Erde beobachten. Weiter ist es vernünftig, wenn es auch nicht ganz logisch sein dürfte, Ausflugs- und Jagdflugzeuge als Verteidigungs- und Bombenflugzeuge als Angriffswaffen zu bezeichnen.

„News Chronicle“ sagt, es sei die Aufgabe der deutschen Staatskunst, falls sie von dem bewundernswerten Empfinden Görings erfüllt sei, einen Weg zu finden, um von vornherein von der Grundlosigkeit der französischen Befürchtungen zu überzeugen. Der deutsche Staatsmann, der dies zustandebrächte, werde Denkmäler in allen Hauptstädten Europas verdienen; das er geteilt habe.

London, 22. März. Das Kabinett beschäftigt sich wieder mit der Abrüstungsfrage. „Daily Telegraph“ teilt mit, es bestehe guter Grund zu der Annahme, dass Frankreich bereit sei, einen genaueren Plan „abgestufter Sanktionen“ vorzulegen.

Die Ausführungen Rothermers zur Kolonialfrage.

Im „Daily Mail“ hat sich Lord Rothmere, wie wir bereits berichteten, für die Rückgabe einiger afrikanischer Kolonien an Deutschland eingesetzt. Er erinnert daran, wie bei Beginn des Weltkrieges Premierminister Asquith als Kriegsziel die Gleichberechtigung aller zivilisierten Nationen verkündet habe, während nach Kriegsende Großbritannien und die Alliierten alle deutschen Kolonialbesitzungen als „Mandatsgebiete“ unter sich verteilt und Deutschland das Recht auf Kolonien verweigert hätten. Rothmere sagt:

Wir fügten Deutschland somit ein dreifaches Unrecht zu, erstens raubten wir ihm die Rohstoffquellen, aus denen es vor dem Kriege 50 Prozent seiner Einfuhrstoffe bezog, zweitens machten wir jede Einwanderung unter deutscher Flagge unmöglich und drittens beschlagnahmten wir Deutschland, ungeeignet zu sein, über Eingeborene zu herrschen. Das erste war ungerecht, das zweite war unklug, das dritte unmoralisch.

Wir haben Deutschland wiederholt versichert, dass wir seinen Anspruch auf Gleichberechtigung anerkennen. Welchen Wert haben solche Zusicherungen, wenn wir die Kolonien behalten, die Deutschland in Tanganika, die es in dem heute als Britisch-Togoland und Britisch-Kamerun bezeichneten Gebieten geschaffen hat? Ich schlage vor, dass die britische Regierung ihre Mandatsbesitze Tanganika, Kamerun und Togo dem Völkerverbund zurückgebe, damit sie an Deutschland übertragen werden können.

Wenn auch dieser Vorschlag der Rückgabe der Kolonien an Deutschland nicht vollstimmig sein mag, so ist er bestimmt weise. Man kann nicht erwarten, dass eine Nation von Männern wie die Deutschen alle Zeit mit gefalteten Händen unter den Herausforderungen und Dummheiten des Versailler Vertrages ruhig sitzen bleibt.

Deutschland braucht Atemraum. Es ist lächerlich, dieser mächtigen Nation, die durch ihre organisatorischen Fähigkeiten und ihre wissenschaftlichen Leistungen hervortritt, den Anteil an der Arbeit zu verweigern, rückständige Gebiete der Welt zu entwideln.

„Bundesstaat Oesterreich.“

Dollfuß will nichts mehr von „Republik“ wissen.

Wien, 22. März. Die „Wiener Zeitung“ macht die aufsehenerregende Mitteilung, dass die Bezeichnung Republik in der neuen Verfassung Oesterreichs nicht mehr vorkomme. Das amtliche Blatt der Bundesverwaltung erklärt: Nach der neuen Verfassung werde Oesterreich schlechthin als Bundesstaat bezeichnet, der aus der bundesunmittelbaren Stadt Wien und aus den Bundesländern bestehe. Die Bezeichnung Republik entfalle, sobald der Staat im internationalen Verkehr als „Oesterreich“ bezeichnet werden dürfe, oder als „Bundesstaat Oesterreich“. Die Pressefreiheit werde erheblichen Einschränkungen unterworfen, ebenso das Theater, der Rundfunk usw. Die Bestimmungen über die Stellung der katholischen Kirche seien mit dem Konordat in Uebereinstimmung gebracht. Die neue Verfassung sieht eine Verfassungstörperschaft vor, die aus vier Kammern besteht: 1. Kulturkammer, 2. Wirtschaftskammer, 3. Länderrat, der sich aus den Landeshauptleuten und einem Vertreter der künftig autonomen Hauptstadt Wien zusammensetzt, und 4. Staatsrat, dem nur vom Bundespräsidenten auf Vorschlag der Regierung ernannte Personen angehören sollen. Diese vier Kammern sollen nur einen beratenden Charakter erhalten. Der gesamte Verfassungsentwurf ist uneingeschränkt auf dem Grundriss der autoritären Regierung aufgebaut.

München, 21. März. Der italienische Verlag „Italia Editionale“ in Mailand hat das Uebersetzungsrecht des Buches „Mit Hitler in die Macht“ erworben.